

der Hausherr, ist darüber pflichtgemäß empört, aber seine Sätze mäandern ohne Ziel, am Ende gucken die Journalisten ratlos. Dobrindt ergreift das Wort. „Man kann Europa nicht stärken, indem man Deutschland schwächt“, sagt er. Der Satz schafft es in die „Tagesthemen“.

Seehofer schätzt so etwas. Er freut sich ja selbst darüber, wenn er einen Spruch erfindet, der bald in aller Munde ist, zum

Seehofer fühlt sich wie ein Marathonläufer auf halber Strecke. Jetzt zählt nur: Wer schadet? Wer nutzt?

Beispiel: „Sie können das alles senden!“ Seehofer erkennt in Dobrindt ein Politikerprofil, das er immer noch für das Erfolgreichste hält – sein eigenes.

Die ideale Verwendung für Dobrindt wäre eigentlich der Job des Landesgruppenvorsitzenden. Als Chef der über 50 CSU-Abgeordneten im Bundestag könnte Dobrindt aus dem Themenwirrwarr in der Hauptstadt prägnante Botschaften für die bayerischen Wähler basteln. Doch Amtsinhaberin Gerda Hasselfeldt, 63, will nicht weichen, Seehofer akzeptiert das.

Konkurrenz soll Dobrindt ihr dennoch machen, dann eben als Minister. Zwar will Seehofer mit Merkel den konkreten Zuschnitt des Kabinetts erst nach Ende des CSU-Parteitags an diesem Samstag besprechen. Doch was Dobrindt angeht, sind die Alternativen klar: Entweder er ersetzt einen der beiden angeschlagenen Amtsinhaber. Oder, wahrscheinlicher, er bekommt ein anderes Ressort: zum Beispiel Bildung und Forschung.

Seehofer weiß, dass er sich auf Dobrindt verlassen kann. Der Generalsekretär verdankt allein dem Parteichef seine Karriere. Bevor Dobrindt aufstieg, war er ein weitgehend unbekannter Bundestagsabgeordneter. Erst Seehofer fischte ihn aus dem Meer der Namenlosen.

Seine ersten Jahre als Generalsekretär waren kein Vergnügen. Aber dann riss sich Dobrindt am Riemen. Er nahm 19 Kilo ab, kaufte sich eng geschnittene Anzüge und feilte an seiner Rhetorik. Das beeindruckte auch den Chef. Nun hilft Dobrindt, dass er im Gegensatz zu Seehofer auch auf das Kleingedruckte achtet.

So witterte Dobrindt bei der Lektüre der Unterlagen für die Koalitionsverhandlungen schon frühzeitig eine Gefahr: Wenn die Fachpolitiker Milliardenforderungen aufhäufte, wie sollten CDU und CSU da ihr Versprechen halten, die Steuern nicht zu erhöhen? Seitdem gilt bei den Verhandlungen: Über Geld wird erst am Schluss geredet.

Bei einer Klausur in der Münchner Parteizentrale am Samstag vor einer Woche

schärfte Seehofer und Dobrindt ihren Unterhändlern ein, bei den Gesprächen mit der SPD nicht zu nachgiebig zu sein. „Wer sich einigt, soll nicht mit stolz geschwellter Brust zu uns kommen“, sagte Dobrindt im kleinen Kreis, „sondern mit einem schlechten Gewissen.“

Der Einfluss des restlichen CSU-Führungspersonals auf Seehofer ist mit dem Dobrindts nicht zu vergleichen. Im Gegenteil: Neben Ramsauer gibt vor allem Innenminister Friedrich den Watschenmann ab. Allerdings bietet der Oberfranke reichlich Angriffsfläche. Selbst da, wo er Seehofer helfen will, geht es schief.

Kurz vor Seehofers Regierungserklärung in München am vergangenen Dienstag lancierte Friedrich ein Papier. Die von ihm geleitete Verhandlungsgruppe habe sich darauf geeinigt, künftig bundesweite Volksentscheide zuzulassen. Die Meldung sollte Seehofer Rückenwind verschaffen, denn dieser plädiert schon seit längerem für mehr Bürgerbeteiligung.

Schnell aber wurde Friedrich in die Schranken gewiesen. CDU-Generalsekretär Gröbe protestierte, von der Kanzlerin ist ohnehin bekannt, dass sie Politik für ein Geschäft der Profis hält. Schließlich musste Friedrich kleinlaut einräumen: Nein, es gebe „keine Signale aus der CDU, dass man das mittragen würde“.

Wie wenig Seehofer von Friedrich hält, zeigte sich am Donnerstag vor zwei Wochen. Merkel und Seehofer saßen mit ihren Helfern im sogenannten Deutschland-Zimmer in der CDU-Zentrale, einem von einer Werbeagentur durchgestylten Raum mit allerhand Nippes aus den 16 Bundesländern.

Merkel und Seehofer forderten den Innenminister auf, endlich konkrete Vorschläge für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vorzulegen. Sie redeten ihm ins Gewissen: „Wenn wir der SPD beim Doppelpass entgegenkommen, können wir manche Auswüchse in der Wirtschaftspolitik vermeiden.“ Doch Friedrich blieb bockig, Seehofer kann es noch Tage später nicht fassen.

Er fühle sich bei den Koalitionsverhandlungen wie ein Marathonläufer auf halber Strecke, sagte Seehofer jüngst in kleiner Runde. Jetzt werde jeder Kilometer anstrengender. Der Blick auf die eigenen Leute wird da kalt, ein einziges Kriterium zählt: Wer schadet? Wer nutzt?

Der CSU-Chef setzt jetzt ganz auf Dobrindt. Seehofer versucht schon länger, der Kanzlerin die versteckten Talente seines Generalsekretärs näherzubringen. Merkel hätte lange gern darauf verzichtet, dass ein Zuspitzer wie Dobrindt in ihrem Kabinett Platz nimmt. Aber inzwischen hat sie sich mit dem Gedanken abgefunden. Skeptischen Parteifreunden signalisieren ihre Leute jedenfalls schon mal: „Der Dobrindt ist gar nicht so schlimm, wie ihr alle denkt.“

PETER MÜLLER



FEDERICO GAMBARINI / DPA

ENERGIE

Überflüssige Kohle

Die Stromkonzerne fürchten um ihre Zukunft, ihnen droht die vorzeitige Stilllegung von Tagebauen und Kraftwerken.

RWE-Chef Peter Terium bemühte sich, Haltung zu bewahren. Nein, ein „Warnschuss an die Politik“ seien die niedrigeren Gewinn- und Umsatzprognosen nicht, argumentierte er tapfer, obwohl der Aktienkurs seines Unternehmens am vergangenen Donnerstag zeitweise um bis zu neun Prozent gefallen war.

Man passe die Planung des Konzerns lediglich der Realität an, erklärte Terium den durch die Streichung von mehr als 6000 Stellen und schlechte Ergebnisprognosen aufgeschreckten Analysten in einer Telefonkonferenz. Und die sehe nun einmal so aus, dass mit Kohle oder Gas betriebene Kraftwerke infolge der Energiewende immer weniger gebraucht würden. Stromerzeuger wie RWE müssten sich neue Geschäftsmodelle suchen. Das sei ein schwieriges und langwieriges Unterfangen, so der RWE-Chef.

Möglicherweise ist es sogar ein aussichtsloses. Denn in den Koalitionsverhandlungen bahnen sich weitere Belastungen an – zumindest für jene Energie-



konzerne, die wie RWE oder Vattenfall Europe in Deutschland große Mengen Braunkohle fördern und verstromen.

Konkret geht es um die vorzeitige Stilllegung der gewaltigen Tagebauen und der dazugehörigen Kraftwerke. Und um millionenschwere Rückstellungen, die von den Konzernen dafür gebildet werden müssten.

Trotz Federführung durch die nordrhein-westfälische und damit traditionell kohlefreundliche Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hatte sich in das Koalitionspapier der Arbeitsgemeinschaft Energie eine für die Konzerne folgenreiche Formulierung eingeschlichen. 75 Prozent des deutschen Stroms, war in den verschiedenen Fassungen des Papiers als SPD-Forderung zu lesen, sollten bis zum Jahr 2030 aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. So steht es im SPD-Regierungsprogramm. Und von diesem Ziel wollte Kraft in den Verhandlungen mit Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) auch nicht abrücken – zumindest nicht bis Freitag vorverganger Woche.

Da ging in der SPD-Fraktion eine brisante E-Mail ein. Geschrieben hatte sie Wolfgang Dirschauer, ehemaliger Energiereferent der SPD-Fraktion und heute Lobbyist beim Stromanbieter und Braunkohlenutzer Vattenfall Europe.

„Wer auf SPD-Seite“, wollte Dirschauer von den „lieben Kollegen“ wissen, diesen „Wahnsinn“ mit „75-Prozent EEG-Strom bis 2030“ zu verantworten habe. Ob es bei den Verhandlungen „Opium gerechnet“ habe. Und ob der SPD wirklich nicht klar sei, dass mit dieser Formulierung der Braunkohlentagebau nicht mehr zu halten sei, „unsere Firma ruiniert und 20 000

Arbeitsplätze in der Lausitz vernichtet“ würden.

Auch beim zweiten Stromriesen RWE in Essen wurde man hellhörig. Wie Vattenfall plant auch RWE, seine gewaltigen Braunkohlentagebauen zwischen Düsseldorf, Köln und Aachen noch Jahrzehnte mit den heutigen Fördermengen zu betreiben und die Kohle in riesigen Kraftwerken zur Stromgewinnung zu verbrennen. Nach derzeitiger Planung soll das bis zum Jahr 2045 so weitergehen. Erst dann ist möglicherweise eine Stilllegung geplant.

Würde in einem Koalitionsvertrag jedoch verbindlich festgeschrieben, dass regenerative Energien bis zum Jahr 2030 einen Anteil von 75 Prozent an der Stromversorgung erreicht haben sollen, wäre für Braunkohlestrom kaum noch Raum. In den meisten Regionen wäre der umweltschädliche Tagebau überflüssig. Für die nach Abzug von Gas- und Steinkohle verbleibende Restmenge, sagt ein Konzernmanager, reichte ein einziges kleines Abbaugelände im Osten oder im Westen der Republik.

Außerdem müssten die ohnehin angeschlagenen Unternehmen dann unverzüglich damit beginnen, gewaltige Rückstellungen für den dann früher beginnenden Rückbau und die Rekultivierung der riesigen Löcher zu bilden. Eine solche Anpassung an die Realität schreibt das Gesetzbuch vor.

Für Terium und seine Manager wäre das ein Alptraum – nicht nur, weil das Geld künftig nicht vorhanden ist. Ausgerechnet die umweltschädliche, aber billige Braunkohleverstromung stützte in den vergangenen Monaten das Ergebnis des Konzerns.

Die Manager waren geschockt. Schließlich hatten sie immer gedacht, in der Landesmutter eine treue Verbündete gefunden zu haben. Und jetzt das?

Es herrschte Rätseln. Konnte es sein, dass Kraft den Zusammenhang zwischen Ausbauziel für erneuerbare Energien und der Zukunft der heimischen Braunkohleindustrie nicht verstanden hatte?

Vattenfall und RWE schickten ihre Lobbyisten aus, um das Schlimmste zu verhindern – vorläufig mit Erfolg. Die Zeit drängte, denn am Samstag war die entscheidende Sitzung der Arbeitsgruppe Energie anberaumt, die im Willy-Brandt-Haus zusammenkommen sollte. Als Ersten brachten die Lobbyisten Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke auf Kurs.

Woidke sitzt ebenfalls in der Arbeitsgruppe Energie. Noch in der Vorbesprechung der Genossen am Morgen schlug er Alarm. Um elf sollte die Sitzung beginnen. Doch die sozialdemokratischen Verhandler waren erst um zwölf Uhr mit ihren internen Diskussionen zum Ausbauziel der Erneuerbaren fertig. Ziemlich schnell stand fest: Konkrete Ausbauziele sollen aus dem Papier der Arbeitsgruppe vorerst herausgestrichen werden.

Auch NRW-Ministerpräsidentin Kraft, die bis dahin für das 75-Prozent-Ziel gestritten hatte, versuchte nun, einen Kompromiss mit der Union zu finden. Die hatte sich auf 55 Prozent festgelegt und wollte auch dabei bleiben.

Zweimal zogen sich die Parteien zu separaten Besprechungen zurück. Kraft unterbreitete der CDU sogar das Angebot, schriftlich festzuhalten, dass die Förderung der regenerativen Energien bis 2030 definitiv auslaufen solle. Altmaier telefonierte mit der Kanzlerin, Kraft mit dem SPD-Vorsitzenden Gabriel. Um 17 Uhr stand fest: Beide Parteien würden hart bleiben. Wenn die Parteispitzen auf konkreten Ausbauzielen bestünden, müssten sich schon Merkel und Gabriel darüber einig werden.

Union und SPD, ist nun in der Vereinbarung zu lesen, würden sich in den weiteren Gesprächen noch auf einen „Zielkorridor“ für den Anteil des grünen Stroms einigen. In der Diskussion ist ein Kompromiss von 60 oder 65 Prozent – vielleicht auch 40 oder 45 Prozent, dann aber schon im Jahr 2023.

RWE-Chef Terium müsste dann zumindest nicht umgehend reagieren und millionenschwere Rückstellungen bilden – mit Geld, das er nicht hat.

Eine Erweiterung des Tagebaus mit einer Umsiedlung ganzer Dörfer, wie RWE sie immer noch in Erkelenz bei Aachen plant, wäre aber auch mit diesem Kompromiss kaum noch zu verantworten.

FRANK DOHMEN, GERALD TRAUFTETER